
2012 **Ausgegeben zu Bonn am 20. August 2012** **Nr. 37**

Tag	Inhalt	Seite
15. 8.2012	Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2012/2013 (BBVAnpG 2012/2013) FNA: 2032-1, 2032-1, 2032-1, 2032-30, 2032-30, 2032-30, 2030-25, 2030-25, 2030-25, 2032-1-10, 2032-1-10, 2032-1-10, 2032-1-11-3 GESTA: B074	1670
25. 7.2012	Verordnung zur Harmonisierung der leistungsorientierten Entgelte für die im Filialvertrieb tätigen Beamtinnen und Beamten der Deutschen Postbank AG FNA: 900-10-4-13, 900-10-4-41	1702
25. 7.2012	Sechste Verordnung zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften FNA: 933-10, 933-11	1703
1. 8.2012	Sechste Verordnung zur Änderung der Preisangabenverordnung FNA: 720-17-1	1706
3. 8.2012	Zweite Verordnung zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches FNA: 2125-44	1708
8. 8.2012	Erste Verordnung zur Änderung der Stipendienprogramm-Höchstgrenzen-Verordnung FNA: 2212-6-2	1709
9. 8.2012	Erste Verordnung zur Änderung der Kontaminanten-Verordnung FNA: 2125-44-12	1710
14. 8.2012	Verordnung zur Änderung immissionsschutzrechtlicher Vorschriften für Verbrennungsmotoren FNA: 2129-8-28-1, 2129-8-29	1712
15. 8.2012	Verordnung zur Regelung der Dienstbereiche der Truppendienstgerichte und zur Bildung von Truppendienstkammern (Truppendienstgerichte-Verordnung – TrDGV) FNA: neu: 52-5-3; 52-5-1	1714
31. 7.2012	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 3 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 und § 3 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 4 Nummer 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie § 3 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 und Nummer 3 und § 3 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes) FNA: 1104-5, 2178-1	1715
2. 8.2012	Berichtigung der Verordnung zur Einführung der Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung FNA: 9501-57	1717
8. 8.2012	Berichtigung des Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen FNA: 900-15	1717

Hinweis auf andere Verkündungen

Abweichendes Landesrecht	1718
Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 23 und Nr. 24	1719
Verkündungen im Bundesanzeiger	1721
Rechtsvorschriften der Europäischen Union	1721

Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2012/2013 (BBVAnpG 2012/2013)

Vom 15. August 2012

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2012

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 2009 (BGBl. I S. 1434), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1583) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Wortlaut wird Absatz 1.
 - b) Die folgenden Absätze 2 bis 4 werden angefügt:

„(2) Ab 1. März 2012 gelten unter Berücksichtigung einer Erhöhung

 1. des Grundgehaltes,
 2. des Familienzuschlages mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
 3. der Amtszulagen

um jeweils 3,3 vom Hundert die Monatsbeträge der Anlagen IV, V und IX dieses Gesetzes sowie in den Fällen des § 76 die Monatsbeträge der Anlagen 1 und 2 des Besoldungsüberleitungsgesetzes.

(3) Ab 1. März 2012 gelten für den Auslandszuschlag unter Berücksichtigung einer Erhöhung

 1. der Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen um 3,3 vom Hundert und
 2. der Monatsbeträge der Zonenstufen um 2,64 vom Hundert

die Monatsbeträge der Anlage VI.

(4) Ab 1. März 2012 gelten unter Berücksichtigung einer Erhöhung der Anwärtergrundbeträge um 50 Euro die Monatsbeträge der Anlage VIII.“
2. § 79 wird aufgehoben.
3. Die Anlagen IV, V, VI, VIII und IX erhalten die aus den Anhängen 1 bis 5 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2013

Das Bundesbesoldungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 wird die Angabe „1. März 2012“ durch die Angabe „1. Januar 2013“ und werden die Wörter „3,3 vom Hundert“ durch die Wörter „1,2 vom Hundert“ ersetzt.

- b) In Absatz 3 wird die Angabe „1. März 2012“ durch die Angabe „1. Januar 2013“ und werden die Wörter „3,3 vom Hundert“ durch die Wörter „1,2 vom Hundert“ und die Wörter „2,64 vom Hundert“ durch die Wörter „0,96 vom Hundert“ ersetzt.

2. Die Anlagen IV, V, VI und IX erhalten die aus den Anhängen 6 bis 9 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 3

Weitere Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2013

Das Bundesbesoldungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) In den Absätzen 2 und 3 wird die Angabe „1. Januar 2013“ jeweils durch die Angabe „1. August 2013“ ersetzt.
 - b) In Absatz 4 wird die Angabe „1. März 2012“ durch die Angabe „1. August 2013“ und die Angabe „50 Euro“ durch die Angabe „40 Euro“ ersetzt.
2. Die Anlagen IV, V, VI, VIII und IX erhalten die aus den Anhängen 10 bis 14 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 4

Änderung des Besoldungsüberleitungsgesetzes für das Jahr 2012

Die Anlagen 1 und 2 zum Besoldungsüberleitungsgesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 221, 462), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 15. März 2012 (BGBl. I S. 462) geändert worden ist, erhalten die aus den Anhängen 15 und 16 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 5

Änderung des Besoldungsüberleitungsgesetzes für das Jahr 2013

Die Anlagen 1 und 2 zum Besoldungsüberleitungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, erhalten die aus den Anhängen 17 und 18 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 6

Weitere Änderung des Besoldungsüberleitungsgesetzes für das Jahr 2013

Die Anlagen 1 und 2 zum Besoldungsüberleitungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, erhalten die aus den Anhängen 19 und 20 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 7**Änderung des
Beamtenversorgungsgesetzes für das Jahr 2012**

§ 71 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 150), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1583) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „1. August 2011 um 0,2 vom Hundert“ durch die Wörter „1. März 2012 um 3,2 vom Hundert“ ersetzt.
2. In Absatz 3 werden die Wörter „1. August 2011 um 51,64 Euro“ durch die Wörter „1. März 2012 um 53,34 Euro“ ersetzt.

Artikel 8**Änderung des
Beamtenversorgungsgesetzes für das Jahr 2013**

§ 71 des Beamtenversorgungsgesetzes, das zuletzt durch Artikel 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „1. März 2012 um 3,2 vom Hundert“ durch die Wörter „1. Januar 2013 um 1,1 vom Hundert“ ersetzt.
2. In Absatz 3 werden die Wörter „1. März 2012 um 53,34 Euro“ durch die Wörter „1. Januar 2013 um 53,98 Euro“ ersetzt.

Artikel 9**Weitere Änderung des
Beamtenversorgungsgesetzes für das Jahr 2013**

§ 71 des Beamtenversorgungsgesetzes, das zuletzt durch Artikel 8 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „1. Januar 2013“ durch die Angabe „1. August 2013“ ersetzt.
2. In Absatz 3 werden die Wörter „1. Januar 2013 um 53,98 Euro“ durch die Wörter „1. August 2013 um 54,63 Euro“ ersetzt.

Artikel 10**Änderung der
Bundesmehrarbeits-
vergütungsverordnung für das Jahr 2012**

§ 4 der Bundesmehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 2009 (BGBl. I S. 3701), die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 19. November 2010 (BGBl. I S. 1552) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe „10,78 Euro“ durch die Angabe „11,14 Euro“, die Angabe „12,74 Euro“ durch die Angabe „13,16 Euro“, die Angabe „17,48 Euro“ durch die Angabe „18,06 Euro“ und die Angabe „24,09 Euro“ durch die Angabe „24,88 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 3 wird die Angabe „23,93 Euro“ durch die Angabe „24,72 Euro“ und die Angabe „27,96 Euro“ durch die Angabe „28,88 Euro“ ersetzt.

Artikel 11**Änderung der
Bundesmehrarbeits-
vergütungsverordnung für das Jahr 2013**

§ 4 der Bundesmehrarbeitsvergütungsverordnung, die zuletzt durch Artikel 10 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe „11,14 Euro“ durch die Angabe „11,27 Euro“, die Angabe „13,16 Euro“ durch die Angabe „13,32 Euro“, die Angabe „18,06 Euro“ durch die Angabe „18,28 Euro“ und die Angabe „24,88 Euro“ durch die Angabe „25,18 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 3 wird die Angabe „24,72 Euro“ durch die Angabe „25,02 Euro“ und die Angabe „28,88 Euro“ durch die Angabe „29,23 Euro“ ersetzt.

Artikel 12**Weitere Änderung
der Bundesmehrarbeits-
vergütungsverordnung für das Jahr 2013**

§ 4 der Bundesmehrarbeitsvergütungsverordnung, die zuletzt durch Artikel 11 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe „11,27 Euro“ durch die Angabe „11,41 Euro“, die Angabe „13,32 Euro“ durch die Angabe „13,48 Euro“, die Angabe „18,28 Euro“ durch die Angabe „18,50 Euro“ und die Angabe „25,18 Euro“ durch die Angabe „25,48 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 3 wird die Angabe „25,02 Euro“ durch die Angabe „25,32 Euro“ und die Angabe „29,23 Euro“ durch die Angabe „29,58 Euro“ ersetzt.

Artikel 13**Änderung der
Erschwerniszulagenverordnung**

Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3497), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2692) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird die Angabe „2,94 Euro“ durch die Angabe „3,11 Euro“ ersetzt.
 - b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Buchstabe a wird die Angabe „0,69 Euro“ durch die Angabe „0,73 Euro“ ersetzt.
 - bb) In Buchstabe b wird die Angabe „1,39 Euro“ durch die Angabe „1,47 Euro“ ersetzt.
2. In § 17 wird die Angabe „1,40 Euro“ durch die Angabe „1,48 Euro“ ersetzt.

Artikel 14**Bekanntmachungserlaubnis**

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes, des Beamtenversorgungsgesetzes, der Bundesmehrarbeitsvergütungsverordnung und der Erschwerniszulagenverordnung in der vom 1. August 2013 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 15
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 mit Wirkung vom 1. März 2012 in Kraft.

(2) Die Artikel 2, 5, 8, 11 und 13 treten am 1. Januar 2013 in Kraft.

(3) Die Artikel 3, 6, 9 und 12 treten am 1. August 2013 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 15. August 2012

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Hans-Peter Friedrich

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Anhang 1 zu Artikel 1 Nummer 3**Anlage IV**

Gültig ab 1. März 2012

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 2	1 802,38	1 844,50	1 887,75	1 920,15	1 953,66	1 987,16	2 020,64	2 054,14
A 3	1 874,77	1 919,07	1 963,37	1 999,03	2 034,70	2 070,35	2 106,01	2 141,66
A 4	1 915,85	1 968,77	2 021,73	2 063,87	2 106,01	2 148,15	2 190,29	2 229,20
A 5	1 930,96	1 996,87	2 049,81	2 101,69	2 153,57	2 206,51	2 258,37	2 309,16
A 6	1 974,18	2 050,91	2 128,70	2 188,13	2 249,72	2 309,16	2 375,07	2 432,34
A 7	2 076,84	2 144,91	2 234,62	2 326,45	2 416,14	2 506,91	2 574,98	2 643,04
A 8	2 202,18	2 284,31	2 399,93	2 516,63	2 633,32	2 714,36	2 796,49	2 877,54
A 9	2 383,71	2 464,76	2 592,27	2 721,93	2 849,43	2 935,89	3 023,42	3 108,77
A 10	2 557,68	2 668,98	2 829,99	2 989,90	3 149,83	3 261,15	3 372,42	3 483,74
A 11	2 935,89	3 101,22	3 265,45	3 430,79	3 544,24	3 657,70	3 771,16	3 884,62
A 12	3 147,69	3 343,26	3 539,92	3 735,49	3 871,65	4 005,63	4 140,71	4 277,94
A 13	3 691,19	3 874,89	4 057,51	4 241,20	4 367,63	4 495,14	4 621,55	4 745,82
A 14	3 796,02	4 032,65	4 270,38	4 507,02	4 670,17	4 834,43	4 997,59	5 161,84
A 15	4 639,93	4 853,88	5 017,04	5 180,21	5 343,38	5 505,46	5 667,54	5 828,54
A 16	5 118,61	5 367,15	5 555,16	5 743,18	5 930,12	6 119,23	6 307,23	6 493,10

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 19,21 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 8,38 Euro.

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	5 828,54
B 2	6 770,80
B 3	7 169,52
B 4	7 586,61
B 5	8 065,31
B 6	8 520,23
B 7	8 958,92
B 8	9 418,16
B 9	9 987,62
B 10	11 756,50
B 11	12 213,58

3. Bundesbesoldungsordnung W

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W 1	4 056,43
W 2	4 625,88
W 3	5 604,87

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
R 1	3 691,19	4 046,71	4 403,29	4 718,82	5 033,26	5 348,78	5 662,14	5 979,82
R 2	4 485,40	4 715,57	4 944,65	5 258,01	5 573,53	5 887,98	6 203,50	6 519,04
R 3	7 169,52							
R 4	7 586,61							
R 5	8 065,31							
R 6	8 520,23							
R 7	8 958,92							
R 8	9 418,16							
R 9	9 987,62							
R 10	12 262,22							

Anhang 2 zu Artikel 1 Nummer 3**Anlage V**

Gültig ab 1. März 2012

Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 40 Absatz 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	117,72	223,43
Übrige Besoldungsgruppen	123,64	229,35

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 105,71 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 329,36 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,37 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

- in den Besoldungsgruppen A 2 und A 3 um je 26,84 Euro,
- in der Besoldungsgruppe A 4 um je 21,47 Euro und
- in der Besoldungsgruppe A 5 um je 16,10 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Absatz 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 104,18 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 110,60 Euro

Anhang 4 zu Artikel 1 Nummer 3**Anlage VIII**
Gültig ab 1. März 2012**Anwärtergrundbetrag**
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	880,56
A 5 bis A 8	1 003,99
A 9 bis A 11	1 058,38
A 12	1 201,69
A 13 oder R 1	1 269,68

Anhang 5 zu Artikel 1 Nummer 3

Anlage IX

Gültig ab 1. März 2012

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 6a	107,38
§ 44	bis zu 107,38	Nummer 7	
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
Vorbemerkungen		A 2 bis A 5	A 5
Nummer 2 Absatz 2	134,22	A 6 bis A 9	A 9
Nummer 4	53,69	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4a	80,53	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 5		A 16, B 2 bis B 4	B 3
Die Zulage beträgt für		B 5 bis B 7	B 6
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	37,57	B 8 bis B 10	B 9
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	53,69	B 11	B 11
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	80,53	Nummer 8	
Nummer 5a**)		Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Absatz 1		A 2 bis A 5	120,80
Buchstabe a	96,63	A 6 bis A 9	161,06
Buchstabe b	161,06	A 10 und höher	201,32
Buchstabe c	230,86	Nummer 8a	
Absatz 2		Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nummer 1 Buchstabe a	144,95	A 2 bis A 5	73,56
Buchstabe b	107,38	A 6 bis A 9	100,31
Nummer 2 Buchstabe a	107,38	A 10 bis A 13	123,72
Buchstabe b	42,94	A 14 und höher	147,11
Nummer 3	69,79	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nummer 4 und 5	64,42	des mittleren Dienstes	53,50
Nummer 6 Buchstabe a	107,38	des gehobenen Dienstes	70,21
Buchstabe b	107,38	des höheren Dienstes	86,94
Nummer 7 Buchstabe a	107,38	Nummer 8b	
Buchstabe b	42,94	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nummer 8 Buchstabe a	134,22	A 2 bis A 5	96,63
Buchstabe b	69,79	A 6 bis A 9	128,85
Nummer 9	64,42	A 10 bis A 13	161,06
Nummer 6***)		A 14 und höher	193,27
Absatz 1 Satz 1		Nummer 9	
Buchstabe a	483,17	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Buchstabe b	386,54	von einem Jahr	66,87
Buchstabe c	309,23	von zwei Jahren	133,75
Absatz 1 Satz 2	614,64		

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Nummer 9a		Nummer 26 Absatz 1	
Absatz 1		Die Zulage beträgt für Beamte	
Buchstabe a	107,38	des mittleren Dienstes	17,91
Buchstabe b	214,74	des gehobenen Dienstes	40,27
Buchstabe c	161,06	Nummer 30	24,17
Absatz 2		Besoldungsgruppen	Fußnote
Buchstabe a	42,94	A 2	1 35,91
Buchstabe b	53,69		2 18,61
Nummer 10 Absatz 1			3 66,25
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		A 3	1, 5 66,25
von einem Jahr	66,87		2 35,91
von zwei Jahren	133,75		7 33,45
Nummer 11	614,64	A 4	1, 4 66,25
Nummer 12	100,31		2 35,91
Nummer 13a	bis zu 80,53		5 7,21
Nummer 13c		A 5	3 35,91
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen			4, 6 66,25
A 2 bis A 7	46,02	A 6	6 35,91
A 8 bis A 11	61,36	A 7	2 44,60
A 12 bis A 15	71,58		5 50 v. H. des jeweiligen Unterschieds- betrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 16 und höher	92,03		
Nummer 13d		A 8	2 57,46
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen		A 9	2, 3, 6 267,35
A 2 und A 3	12,78		7 8 v. H. des End- grundgehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 4 bis A 6	17,90	A 12	7, 8 155,29
A 7 bis A 10	35,79	A 13	6 124,19
A 11	40,90		7 186,29
A 12 bis A 15	48,57		11, 12, 13 271,72
A 16 bis B 4	58,80	A 14	5 186,29
B 5 bis B 7	71,58	A 15	7 186,29
Nummer 19 Satz 1	248,35	B 10	1 430,48
Nummer 21	208,33		
Nummer 25	40,27		

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8 bis R 10	R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8 bis R 10	B 9
Nummer 4	40,27
Besoldungsgruppen	Fußnote
R 1	1, 2 205,96
R 2	3 bis 8, 10 205,96
R 3	3 205,96
R 8	2 411,84

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

**) Gemäß Artikel 1 Nummer 23 Buchstabe a in Verbindung mit Artikel 11 Absatz 1 des Gesetzes vom 15. März 2012 (BGBl. I S. 462, 1489) wird die Nummer 5a ab 22. März 2012 wie folgt gefasst:

„Nummer 5a

Absatz 1

Nummer 1

Buchstabe a

Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9

245,86

Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	271,47
Buchstabe b	
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	210,00
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	235,61
Buchstabe c	
Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	271,47
Nummer 2 und 3	
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	169,03
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	189,51
Nummer 4	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	271,47
Doppelbuchstabe bb	
Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9, Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	210,00
Buchstabe b	
Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9, Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	169,03
Nummer 5 und 6	
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	107,56
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	169,03
Beamte des höheren Dienstes und Offiziere des Truppendienstes ab Besoldungsgruppe A 13	235,61“.
„Nummer 6	
Absatz 1 Satz 1	
Buchstabe a	483,17
Buchstabe b	386,54
Buchstabe c	338,05
Buchstabe d	309,23
Absatz 1 Satz 2	614,64“.

***) Gemäß Artikel 1 Nummer 23 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 11 Absatz 1 des Gesetzes vom 15. März 2012 (BGBl. I S. 462, 1489) wird die Nummer 6 ab 22. März 2012 wie folgt gefasst:

Anhang 6 zu Artikel 2 Nummer 2**Anlage IV**

Gültig ab 1. Januar 2013

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 2	1 824,01	1 866,63	1 910,40	1 943,19	1 977,10	2 011,01	2 044,89	2 078,79
A 3	1 897,27	1 942,10	1 986,93	2 023,02	2 059,12	2 095,19	2 131,28	2 167,36
A 4	1 938,84	1 992,40	2 045,99	2 088,64	2 131,28	2 173,93	2 216,57	2 255,95
A 5	1 954,13	2 020,83	2 074,41	2 126,91	2 179,41	2 232,99	2 285,47	2 336,87
A 6	1 997,87	2 075,52	2 154,24	2 214,39	2 276,72	2 336,87	2 403,57	2 461,53
A 7	2 101,76	2 170,65	2 261,44	2 354,37	2 445,13	2 536,99	2 605,88	2 674,76
A 8	2 228,61	2 311,72	2 428,73	2 546,83	2 664,92	2 746,93	2 830,05	2 912,07
A 9	2 412,31	2 494,34	2 623,38	2 754,59	2 883,62	2 971,12	3 059,70	3 146,08
A 10	2 588,37	2 701,01	2 863,95	3 025,78	3 187,63	3 300,28	3 412,89	3 525,54
A 11	2 971,12	3 138,43	3 304,64	3 471,96	3 586,77	3 701,59	3 816,41	3 931,24
A 12	3 185,46	3 383,38	3 582,40	3 780,32	3 918,11	4 053,70	4 190,40	4 329,28
A 13	3 735,48	3 921,39	4 106,20	4 292,09	4 420,04	4 549,08	4 677,01	4 802,77
A 14	3 841,57	4 081,04	4 321,62	4 561,10	4 726,21	4 892,44	5 057,56	5 223,78
A 15	4 695,61	4 912,13	5 077,24	5 242,37	5 407,50	5 571,53	5 735,55	5 898,48
A 16	5 180,03	5 431,56	5 621,82	5 812,10	6 001,28	6 192,66	6 382,92	6 571,02

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 19,44 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 8,48 Euro.

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	5 898,48
B 2	6 852,05
B 3	7 255,55
B 4	7 677,65
B 5	8 162,09
B 6	8 622,47
B 7	9 066,43
B 8	9 531,18
B 9	10 107,47
B 10	11 897,58
B 11	12 360,14

3. Bundesbesoldungsordnung W

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W 1	4 105,11
W 2	4 681,39
W 3	5 672,13

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
R 1	3 735,48	4 095,27	4 456,13	4 775,45	5 093,66	5 412,97	5 730,09	6 051,58
R 2	4 539,22	4 772,16	5 003,99	5 321,11	5 640,41	5 958,64	6 277,94	6 597,27
R 3	7 255,55							
R 4	7 677,65							
R 5	8 162,09							
R 6	8 622,47							
R 7	9 066,43							
R 8	9 531,18							
R 9	10 107,47							
R 10	12 409,37							

Anhang 7 zu Artikel 2 Nummer 2**Anlage V**

Gültig ab 1. Januar 2013

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 40 Absatz 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	119,14	226,12
Übrige Besoldungsgruppen	125,12	232,10

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 106,98 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 333,31 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,37 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

- in den Besoldungsgruppen A 2 und A 3 um je 26,84 Euro,
- in der Besoldungsgruppe A 4 um je 21,47 Euro und
- in der Besoldungsgruppe A 5 um je 16,10 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Absatz 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 105,43 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 111,93 Euro

Anhang 9 zu Artikel 2 Nummer 2

Anlage IX

Gültig ab 1. Januar 2013

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 2 und 3	
§ 44	bis zu 107,38	Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	169,03
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	
Vorbemerkungen		189,51	
Nummer 2 Absatz 2		134,22	
Nummer 4		53,69	
Nummer 4a		80,53	
Nummer 5		Nummer 4	
Die Zulage beträgt für		Buchstabe a	
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6		Doppelbuchstabe aa	
37,57		271,47	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9		Doppelbuchstabe bb	
53,69		Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9, Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes		210,00	
80,53		Buchstabe b	
Nummer 5a		Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9, Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	
Absatz 1		169,03	
Nummer 1		Nummer 5 und 6	
Buchstabe a		Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9		107,56	
245,86		Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13		169,03	
271,47		Beamte des höheren Dienstes und Offiziere des Truppendienstes ab Besoldungsgruppe A 13	
Buchstabe b		235,61	
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9		210,00	
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13		235,61	
235,61		Nummer 6	
Buchstabe c		Absatz 1 Satz 1	
Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13 und Offiziere des Truppendienstes ab Besoldungsgruppe A 13		Buchstabe a	
271,47		483,17	
		Buchstabe b	
		386,54	
		Buchstabe c	
		338,05	
		Buchstabe d	
		309,23	
		Absatz 1 Satz 2	
		614,64	

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Nummer 6a	107,38
Nummer 7	
Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
A 2 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, B 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4	B 3
B 5 bis B 7	B 6
B 8 bis B 10	B 9
B 11	B 11
Nummer 8	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	120,80
A 6 bis A 9	161,06
A 10 und höher	201,32
Nummer 8a	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	73,56
A 6 bis A 9	100,31
A 10 bis A 13	123,72
A 14 und höher	147,11
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	53,50
des gehobenen Dienstes	70,21
des höheren Dienstes	86,94
Nummer 8b	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	96,63
A 6 bis A 9	128,85
A 10 bis A 13	161,06
A 14 und höher	193,27
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	66,87
von zwei Jahren	133,75
Nummer 9a	
Absatz 1	
Buchstabe a	107,38

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Buchstabe b	214,74
Buchstabe c	161,06
Absatz 2	
Buchstabe a	42,94
Buchstabe b	53,69
Nummer 10 Absatz 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	66,87
von zwei Jahren	133,75
Nummer 11	614,64
Nummer 12	100,31
Nummer 13a	bis zu 80,53
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,78
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,90
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	58,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	251,33
Nummer 21	210,83
Nummer 25	40,27
Nummer 26 Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes	17,91
des gehobenen Dienstes	40,27
Nummer 30	24,17

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	36,34
	2	18,61
	3	67,05
A 3	1, 5	67,05
	2	36,34
	7	33,85
A 4	1, 4	67,05
	2	36,34
	5	7,30
A 5	3	36,34
	4, 6	67,05
A 6	6	36,34
A 7	2	45,14
	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschieds- betrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2	58,15
A 9	2, 3, 6	270,56
	7	8 v. H. des End- grundgehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8	157,15
A 13	6	125,68
	7	188,53
	11, 12, 13	274,98
A 14	5	188,53
A 15	7	188,53
B 10	1	435,65
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4	40,27	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	208,43
R 2	3 bis 8, 10	208,43
R 3	3	208,43
R 8	2	416,78

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anhang 10 zu Artikel 3 Nummer 2**Anlage IV**

Gültig ab 1. August 2013

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 2	1 845,90	1 889,03	1 933,32	1 966,51	2 000,83	2 035,14	2 069,43	2 103,74
A 3	1 920,04	1 965,41	2 010,77	2 047,30	2 083,83	2 120,33	2 156,86	2 193,37
A 4	1 962,11	2 016,31	2 070,54	2 113,70	2 156,86	2 200,02	2 243,17	2 283,02
A 5	1 977,58	2 045,08	2 099,30	2 152,43	2 205,56	2 259,79	2 312,90	2 364,91
A 6	2 021,84	2 100,43	2 180,09	2 240,96	2 304,04	2 364,91	2 432,41	2 491,07
A 7	2 126,98	2 196,70	2 288,58	2 382,62	2 474,47	2 567,43	2 637,15	2 706,86
A 8	2 255,35	2 339,46	2 457,87	2 577,39	2 696,90	2 779,89	2 864,01	2 947,01
A 9	2 441,26	2 524,27	2 654,86	2 787,65	2 918,22	3 006,77	3 096,42	3 183,83
A 10	2 619,43	2 733,42	2 898,32	3 062,09	3 225,88	3 339,88	3 453,84	3 567,85
A 11	3 006,77	3 176,09	3 344,30	3 513,62	3 629,81	3 746,01	3 862,21	3 978,41
A 12	3 223,69	3 423,98	3 625,39	3 825,68	3 965,13	4 102,34	4 240,68	4 381,23
A 13	3 780,31	3 968,45	4 155,47	4 343,60	4 473,08	4 603,67	4 733,13	4 860,40
A 14	3 887,67	4 130,01	4 373,48	4 615,83	4 782,92	4 951,15	5 118,25	5 286,47
A 15	4 751,96	4 971,08	5 138,17	5 305,28	5 472,39	5 638,39	5 804,38	5 969,26
A 16	5 242,19	5 496,74	5 689,28	5 881,85	6 073,30	6 266,97	6 459,52	6 649,87

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 19,67 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 8,58 Euro.

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	5 969,26
B 2	6 934,27
B 3	7 342,62
B 4	7 769,78
B 5	8 260,04
B 6	8 725,94
B 7	9 175,23
B 8	9 645,55
B 9	10 228,76
B 10	12 040,35
B 11	12 508,46

3. Bundesbesoldungsordnung W

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W 1	4 154,37
W 2	4 737,57
W 3	5 740,20

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
R 1	3 780,31	4 144,41	4 509,60	4 832,76	5 154,78	5 477,93	5 798,85	6 124,20
R 2	4 593,69	4 829,43	5 064,04	5 384,96	5 708,09	6 030,14	6 353,28	6 676,44
R 3	7 342,62							
R 4	7 769,78							
R 5	8 260,04							
R 6	8 725,94							
R 7	9 175,23							
R 8	9 645,55							
R 9	10 228,76							
R 10	12 558,28							

Anhang 11 zu Artikel 3 Nummer 2**Anlage V**

Gültig ab 1. August 2013

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 40 Absatz 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	120,58	228,84
Übrige Besoldungsgruppen	126,62	234,88

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 108,26 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 337,31 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,37 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

- in den Besoldungsgruppen A 2 und A 3 um je 26,84 Euro,
- in der Besoldungsgruppe A 4 um je 21,47 Euro und
- in der Besoldungsgruppe A 5 um je 16,10 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Absatz 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 106,70 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 113,27 Euro

Anhang 13 zu Artikel 3 Nummer 2**Anlage VIII**

Gültig ab 1. August 2013

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	920,56
A 5 bis A 8	1 043,99
A 9 bis A 11	1 098,38
A 12	1 241,69
A 13 oder R 1	1 309,68

Anhang 14 zu Artikel 3 Nummer 2

Anlage IX
Gültig ab 1. August 2013

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 2 und 3	
§ 44	bis zu 107,38	Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	169,03
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	
Vorbemerkungen		189,51	
Nummer 2 Absatz 2		134,22	
Nummer 4		53,69	
Nummer 4a		80,53	
Nummer 5		Nummer 4	
Die Zulage beträgt für		Buchstabe a	
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6		Doppelbuchstabe aa	
37,57		271,47	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9		Doppelbuchstabe bb	
53,69		Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9, Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes		210,00	
80,53		Buchstabe b	
Nummer 5a		Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9, Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	
Absatz 1		169,03	
Nummer 1		Nummer 5 und 6	
Buchstabe a		Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9		107,56	
245,86		Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13		169,03	
271,47		Beamte des höheren Dienstes und Offiziere des Truppendienstes ab Besoldungsgruppe A 13	
Buchstabe b		235,61	
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9		Nummer 6	
210,00		Absatz 1 Satz 1	
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13		Buchstabe a	
235,61		483,17	
Buchstabe c		Buchstabe b	
Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13 und Offiziere des Truppendienstes ab Besoldungsgruppe A 13		386,54	
271,47		Buchstabe c	
		338,05	
		Buchstabe d	
		309,23	
		Absatz 1 Satz 2	
		614,64	

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Nummer 6a	107,38	Buchstabe b	214,74
Nummer 7		Buchstabe c	161,06
Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)	Absatz 2	
A 2 bis A 5	A 5	Buchstabe a	42,94
A 6 bis A 9	A 9	Buchstabe b	53,69
A 10 bis A 13	A 13	Nummer 10 Absatz 1	
A 14, A 15, B 1	A 15	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	von einem Jahr	66,87
B 5 bis B 7	B 6	von zwei Jahren	133,75
B 8 bis B 10	B 9	Nummer 11	614,64
B 11	B 11	Nummer 12	100,31
Nummer 8		Nummer 13a	bis zu 80,53
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen		Nummer 13c	
A 2 bis A 5	120,80	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 6 bis A 9	161,06	A 2 bis A 7	46,02
A 10 und höher	201,32	A 8 bis A 11	61,36
Nummer 8a		A 12 bis A 15	71,58
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen		A 16 und höher	92,03
A 2 bis A 5	73,56	Nummer 13d	
A 6 bis A 9	100,31	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 10 bis A 13	123,72	A 2 und A 3	12,78
A 14 und höher	147,11	A 4 bis A 6	17,90
für Anwärter der Laufbahngruppe		A 7 bis A 10	35,79
des mittleren Dienstes	53,50	A 11	40,90
des gehobenen Dienstes	70,21	A 12 bis A 15	48,57
des höheren Dienstes	86,94	A 16 bis B 4	58,80
Nummer 8b		B 5 bis B 7	71,58
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen		Nummer 19 Satz 1	254,35
A 2 bis A 5	96,63	Nummer 21	213,36
A 6 bis A 9	128,85	Nummer 25	40,27
A 10 bis A 13	161,06	Nummer 26 Absatz 1	
A 14 und höher	193,27	Die Zulage beträgt für Beamte	
Nummer 9		des mittleren Dienstes	17,91
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		des gehobenen Dienstes	40,27
von einem Jahr	66,87	Nummer 30	24,17
von zwei Jahren	133,75		
Nummer 9a			
Absatz 1			
Buchstabe a	107,38		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	36,78
	2	18,61
	3	67,85
A 3	1, 5	67,85
	2	36,78
	7	34,26
A 4	1, 4	67,85
	2	36,78
	5	7,39
A 5	3	36,78
	4, 6	67,85
A 6	6	36,78
A 7	2	45,68
	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschieds- betrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2	58,85
A 9	2, 3, 6	273,81
	7	8 v. H. des End- grundgehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8	159,04
A 13	6	127,19
	7	190,79
	11, 12, 13	278,28
A 14	5	190,79
A 15	7	190,79
B 10	1	440,88
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)	
a) bei Verwendung		
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung		
bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4	40,27	
Besoldungsgruppen		
Fußnote		
R 1	1, 2	210,93
R 2	3 bis 8, 10	210,93
R 3	3	210,93
R 8	2	421,78

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anhang 15 zu Artikel 4

Anlage 1
Gültig ab 1. März 2012

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8	
A 2	1 802,38		1 844,50		1 887,75		1 920,15		1 953,66		1 987,16		2 010,92		2 020,64	
A 3	1 874,77		1 919,07		1 963,37		1 999,03		2 034,70		2 070,35		2 097,37		2 106,01	
A 4	1 915,85		1 968,77		2 021,73		2 063,87		2 106,01		2 148,15		2 177,33		2 190,29	
A 5	1 930,96		1 996,87		2 049,81		2 101,69		2 153,57		2 206,51		2 245,41		2 258,37	
A 6	1 974,18	2 031,46	2 050,91	2 088,73	2 128,70	2 146,00	2 188,13	2 203,27	2 249,72	2 260,52	2 309,16	2 317,79	2 375,07		2 432,34	
A 7	2 076,84	2 129,79	2 144,91	2 201,10	2 234,62	2 272,42	2 326,45	2 343,73	2 416,14	2 488,53	2 506,91	2 540,41	2 574,98	2 591,19	2 643,04	
A 8	2 202,18	2 262,69	2 284,31	2 355,63	2 399,93	2 447,47	2 516,63	2 540,41	2 633,32	2 693,84	2 714,36	2 755,42	2 796,49	2 817,01	2 877,54	
A 9	2 383,71	2 445,31	2 464,76	2 543,64	2 592,27	2 641,98	2 721,93	2 740,31	2 849,43	2 906,71	2 935,89	2 973,71	3 023,42	3 041,78	3 108,77	
A 10	2 557,68	2 643,04	2 668,98	2 769,48	2 829,99	2 894,83	2 989,90	3 021,25	3 149,83	3 230,88	3 261,15	3 316,24	3 372,42	3 400,52	3 483,74	
A 11	2 935,89	3 065,55	3 101,22	3 194,14	3 265,45	3 324,88	3 430,79	3 453,47	3 544,24	3 625,28	3 657,70	3 712,80	3 771,16	3 799,25	3 884,62	
A 12	3 147,69	3 301,12	3 343,26	3 455,64	3 539,92	3 610,15	3 735,49	3 764,68	3 871,65	3 968,90	4 005,63	4 072,64	4 140,71	4 175,28	4 277,94	
A 13	3 691,19	3 857,60	3 874,89	4 024,01	4 057,51	4 190,42	4 241,20	4 300,64	4 367,63	4 411,93	4 495,14	4 523,23	4 621,55	4 634,52	4 745,82	
A 14	3 796,02	4 011,05	4 032,65	4 226,08	4 270,38	4 442,19	4 507,02	4 587,00	4 670,17	4 729,62	4 834,43	4 874,41	4 997,59	5 018,13	5 161,84	
A 15	4 639,93	4 642,10	4 853,88	4 879,81	5 017,04	5 068,91	5 180,21	5 258,01	5 343,38	5 448,19	5 505,46	5 639,45	5 667,54	5 671,86	5 828,54	
A 16	5 118,61	5 120,78	5 367,15	5 395,25	5 555,16	5 614,59	5 743,18	5 833,95	5 930,12	6 054,38	6 119,23	6 273,73	6 307,23	6 312,63	6 493,10	

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 19,21 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 8,38 Euro.

Anhang 16 zu Artikel 4

Anlage 2
Gültig ab 1. März 2012

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen R 1 und R 2

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)														
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R 1	3 691,19	3 945,13	4 046,71	4 170,96	4 403,29	4 622,65	4 718,82	4 849,56	5 033,26	5 075,40	5 348,78	5 527,07	5 662,14	5 753,98	5 979,82
R 2	4 485,40		4 715,57		4 944,65	5 164,01	5 258,01	5 390,92	5 573,53	5 616,76	5 887,98	6 068,43	6 203,50	6 294,27	6 519,04

Anhang 17 zu Artikel 5

Anlage 1
Gültig ab 1. Januar 2013

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8	
A 2	1 824,01		1 866,63		1 910,40		1 943,19	1 950,85	1 977,10	1 993,51	2 011,01	2 035,05	2 044,89		2 078,79	
A 3	1 897,27		1 942,10		1 986,93		2 023,02	2 031,77	2 059,12	2 076,60	2 095,19	2 122,54	2 131,28		2 167,36	
A 4	1 938,84		1 992,40		2 045,99		2 088,64	2 097,40	2 131,28	2 150,97	2 173,93	2 203,46	2 216,57		2 255,95	
A 5	1 954,13		2 020,83		2 074,41		2 126,91	2 144,41	2 179,41	2 208,93	2 232,99	2 272,35	2 285,47		2 336,87	
A 6	1 997,87	2 055,84	2 075,52	2 113,79	2 154,24	2 171,75	2 214,39	2 229,71	2 276,72	2 287,65	2 336,87	2 345,60	2 403,57		2 461,53	
A 7	2 101,76	2 155,35	2 170,65	2 227,51	2 261,44	2 299,69	2 354,37	2 371,85	2 445,13	2 518,39	2 536,99	2 570,89	2 605,88	2 622,28	2 674,76	
A 8	2 228,61	2 289,84	2 311,72	2 383,90	2 428,73	2 476,84	2 546,83	2 570,89	2 664,92	2 726,17	2 746,93	2 788,49	2 830,05	2 850,81	2 912,07	
A 9	2 412,31	2 474,65	2 494,34	2 574,16	2 623,38	2 673,68	2 754,59	2 773,19	2 883,62	2 941,59	2 971,12	3 009,39	3 059,70	3 078,28	3 146,08	
A 10	2 588,37	2 674,76	2 701,01	2 802,71	2 863,95	2 929,57	3 025,78	3 057,51	3 187,63	3 269,65	3 300,28	3 356,03	3 412,89	3 441,33	3 525,54	
A 11	2 971,12	3 102,34	3 138,43	3 232,47	3 304,64	3 364,78	3 471,96	3 494,91	3 586,77	3 668,78	3 701,59	3 757,35	3 816,41	3 844,84	3 931,24	
A 12	3 185,46	3 340,73	3 383,38	3 497,11	3 582,40	3 653,47	3 780,32	3 809,86	3 918,11	4 016,53	4 053,70	4 121,51	4 190,40	4 225,38	4 329,28	
A 13	3 735,48	3 903,89	3 921,39	4 072,30	4 106,20	4 240,71	4 292,09	4 352,25	4 420,04	4 464,87	4 549,08	4 577,51	4 677,01	4 690,13	4 802,77	
A 14	3 841,57	4 059,18	4 081,04	4 276,79	4 321,62	4 495,50	4 561,10	4 642,04	4 726,21	4 786,38	4 892,44	4 932,90	5 057,56	5 078,35	5 223,78	
A 15	4 695,61	4 697,81	4 912,13	4 938,37	5 077,24	5 129,74	5 242,37	5 321,11	5 407,50	5 513,57	5 571,53	5 707,12	5 735,55	5 739,92	5 898,48	
A 16	5 180,03	5 182,23	5 431,56	5 459,99	5 621,82	5 681,97	5 812,10	5 903,96	6 001,28	6 127,03	6 192,66	6 349,01	6 382,92	6 388,38	6 571,02	

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 19,44 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 8,48 Euro.

Anhang 18 zu Artikel 5

Anlage 2
Gültig ab 1. Januar 2013

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen R 1 und R 2

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)														
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R 1	3 735,48	3 992,47	4 095,27	4 221,01	4 456,13	4 678,12	4 775,45	4 907,75	5 093,66	5 136,30	5 412,97	5 593,39	5 730,09	5 823,03	6 051,58
R 2	4 539,22		4 772,16		5 003,99	5 225,98	5 321,11	5 455,61	5 640,41	5 684,16	5 958,64	6 141,25	6 277,94	6 369,80	6 597,27

Anhang 19 zu Artikel 6

Anlage 1
Gültig ab 1. August 2013

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8	
A 2	1 845,90		1 889,03		1 933,32		1 966,51	1 974,26	2 000,83	2 017,43	2 035,14	2 059,47	2 069,43		2 103,74	
A 3	1 920,04		1 965,41		2 010,77		2 047,30	2 056,15	2 083,83	2 101,52	2 120,33	2 148,01	2 156,86		2 193,37	
A 4	1 962,11		2 016,31		2 070,54		2 113,70	2 122,57	2 156,86	2 176,78	2 200,02	2 229,90	2 243,17		2 283,02	
A 5	1 977,58		2 045,08		2 099,30		2 152,43	2 170,14	2 205,56	2 235,44	2 259,79	2 299,62	2 312,90		2 364,91	
A 6	2 021,84	2 080,51	2 100,43	2 139,16	2 180,09	2 197,81	2 240,96	2 256,47	2 304,04	2 315,10	2 364,91	2 373,75	2 432,41		2 491,07	
A 7	2 126,98	2 181,21	2 196,70	2 254,24	2 288,58	2 327,29	2 382,62	2 400,31	2 474,47	2 548,61	2 567,43	2 601,74	2 637,15	2 653,75	2 706,86	
A 8	2 255,35	2 317,32	2 339,46	2 412,51	2 457,87	2 506,56	2 577,39	2 601,74	2 696,90	2 758,88	2 779,89	2 821,95	2 864,01	2 885,02	2 947,01	
A 9	2 441,26	2 504,35	2 524,27	2 605,05	2 654,86	2 705,76	2 787,65	2 806,47	2 918,22	2 976,89	3 006,77	3 045,50	3 096,42	3 115,22	3 183,83	
A 10	2 619,43	2 706,86	2 733,42	2 836,34	2 898,32	2 964,72	3 062,09	3 094,20	3 225,88	3 308,89	3 339,88	3 396,30	3 453,84	3 482,63	3 567,85	
A 11	3 006,77	3 139,57	3 176,09	3 271,26	3 344,30	3 405,16	3 513,62	3 536,85	3 629,81	3 712,81	3 746,01	3 802,44	3 862,21	3 890,98	3 978,41	
A 12	3 223,69	3 380,82	3 423,98	3 539,08	3 625,39	3 697,31	3 825,68	3 855,58	3 965,13	4 064,73	4 102,34	4 170,97	4 240,68	4 276,08	4 381,23	
A 13	3 780,31	3 950,74	3 968,45	4 121,17	4 155,47	4 291,60	4 343,60	4 404,48	4 473,08	4 518,45	4 603,67	4 632,44	4 733,13	4 746,41	4 860,40	
A 14	3 887,67	4 107,89	4 130,01	4 328,11	4 373,48	4 549,45	4 615,83	4 697,74	4 782,92	4 843,82	4 951,15	4 992,09	5 118,25	5 139,29	5 286,47	
A 15	4 751,96	4 754,18	4 971,08	4 997,63	5 138,17	5 191,30	5 305,28	5 384,96	5 472,39	5 579,73	5 638,39	5 775,61	5 804,38	5 808,80	5 969,26	
A 16	5 242,19	5 244,42	5 496,74	5 525,51	5 689,28	5 750,15	5 881,85	5 974,81	6 073,30	6 200,55	6 266,97	6 425,20	6 459,52	6 465,04	6 649,87	

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 19,67 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 8,58 Euro.

Anhang 20 zu Artikel 6

Anlage 2
Gültig ab 1. August 2013

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen R 1 und R 2

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)														
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R 1	3 780,31	4 040,38	4 144,41	4 271,66	4 509,60	4 734,26	4 832,76	4 966,64	5 154,78	5 197,94	5 477,93	5 660,51	5 798,85	5 892,91	6 124,20
R 2	4 593,69		4 829,43		5 064,04	5 288,69	5 384,96	5 521,08	5 708,09	5 752,37	6 030,14	6 214,95	6 353,28	6 446,24	6 676,44

**Verordnung
zur Harmonisierung der leistungsorientierten Entgelte
für die im Filialvertrieb tätigen Beamtinnen und Beamten der Deutschen Postbank AG**

Vom 25. Juli 2012

Auf Grund des § 10 Absatz 2 des Postpersonalrechtsgesetzes, der zuletzt durch Artikel 2 Nummer 4 des Gesetzes vom 14. September 2005 (BGBl. I S. 2746) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern nach Anhörung des Vorstands der Deutschen Postbank AG:

**Artikel 1
Änderung der
Postleistungszulagenverordnung**

Nach § 7 der Postleistungszulagenverordnung vom 3. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1833), die zuletzt durch Artikel 15 Absatz 106 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist, wird folgender § 7a eingefügt:

„§ 7a

Leistungszulage für Tätigkeiten im Filialvertrieb

(1) Bei der Deutschen Postbank AG beschäftigte Beamte, denen eine Tätigkeit im Filialvertrieb zugewiesen ist, können eine monatliche Leistungszulage erhalten (Filialzulage).

(2) Die Höhe der Filialzulage entspricht der Höhe der Sonderzahlung, die dem Beamten für Dezember 2007 nach § 1 Absatz 2 der Postbanksonderzahlungsverordnung vom 15. August 2007 (BGBl. I S. 2121)

1. zugestanden hat oder
2. im Fall einer Beurlaubung ohne Anspruch auf Dienstbezüge zugestanden hätte.

(3) § 3 ist nicht anzuwenden. § 6 Absatz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.

(4) Die Filialzulage darf letztmalig für den Monat Juni 2013 gewährt werden.“

**Artikel 2
Änderung der
Postbankleistungsentgeltverordnung**

Die Postbankleistungsentgeltverordnung vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2938) wird wie folgt geändert:

1. § 4 Absatz 4 Satz 3 und 4 wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Die Sätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden auf Zeiten nach der Mutterschutz- und Elternzeitverordnung, im Fall von Elternzeit ohne Dienstbezüge jedoch nur auf die Zeit bis zur Vollendung des zwölften Lebensmonats des Kindes.“

2. In § 7 Absatz 2 Satz 3 werden die Wörter „die hierzu erforderlichen Informationen“ durch die Wörter „den Entwurf der Leistungsbeurteilung“ ersetzt.
3. In § 8 Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „§ 4“ durch die Angabe „§ 6“ ersetzt.
4. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:

„§ 8a

Leistungsentgelt bei nicht zu vertretender
Verhinderung an der Dienstverrichtung

Eine Zielbewertung oder Leistungsbeurteilung entfällt, wenn die Beamtin oder der Beamte infolge von Dienstunfähigkeit oder aus anderen von ihr oder ihm nicht zu vertretenden Gründen im Beurteilungszeitraum weniger als drei Monate aktiven Dienst verrichtet hat. In diesem Fall gilt die im vorangegangenen Beurteilungszeitraum zuerkannte Ziel- oder Leistungsbewertungsstufe nach § 4 Absatz 1 als erreicht. Ist im vorangegangenen Beurteilungszeitraum keine Zielbewertung oder Leistungsbeurteilung erfolgt, so gilt die Leistungsbewertungsstufe „Erfüllt stets die Anforderungen“ als erreicht.“

5. Dem § 9 wird folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) Das Leistungsbudget nach Absatz 4 und § 3 Absatz 1 Satz 1 vermindert sich in den Jahren 2008 bis 2013 im Vorstandsressort Filialvertrieb jeweils um die Summe der für das jeweilige Jahr geleisteten Filialzulagen nach § 7a der Postleistungszulagenverordnung.“

**Artikel 3
Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2008 in Kraft.

Berlin, den 25. Juli 2012

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Sechste Verordnung zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften

Vom 25. Juli 2012

Auf Grund des § 26 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 1 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2396; 1994 I S. 2439), von denen § 26 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa des Gesetzes vom 16. April 2007 (BGBl. I S. 522) und § 26 Absatz 5 durch Artikel 1 Nummer 12 Buchstabe c des Gesetzes vom 21. Juni 2002 (BGBl. I S. 2191) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Artikel 1

Änderung der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung

Die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 8. Mai 1967 (BGBl. 1967 II S. 1563), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. März 2008 (BGBl. I S. 467) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 3 wird folgender § 3a eingefügt:

„§ 3a

Grenzbetriebsstrecken und Durchgangsstrecken

Auf Grenzbetriebsstrecken und Durchgangsstrecken dürfen anstelle der Vorschriften des zweiten bis fünften Abschnitts mit Ausnahme des § 11 die entsprechenden Vorschriften des Nachbarstaates angewendet werden.“

2. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Strecken

mit Signalen, die nach § 14 vorgeschrieben sind und auf denen mehr als 80 km/h zugelassen sind,

müssen mit Zugbeeinflussung ausgerüstet sein, durch die ein Zug selbsttätig zum Halten gebracht und ein unzulässiges Anfahren gegen Halt zeigende Signale überwacht werden kann.

Strecken mit Signalen, die nach § 14 vorgeschrieben sind, auf denen

1. mehrere Züge gleichzeitig verkehren und
2. Reisezugverkehr stattfindet oder mehr als 50 km/h zugelassen sind,

müssen mit Zugbeeinflussung ausgerüstet sein, durch die ein Zug selbsttätig zum Halten gebracht werden kann. Zuggleitstrecken, bei denen die Voraussetzungen des Satzes 2 Nummer 1 und 2 vorliegen, sind mit technischen Einrichtungen auszurüsten, durch die ein Zug selbsttätig zum Halten gebracht werden kann. Ausnahmen von Satz 2 und Satz 3 sind nach § 3 Absatz 1 Nummer 2 zulässig.“

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Für weitere Strecken können die zuständigen Eisenbahnaufsichtsbehörden die Ausrüstung mit Zugbeeinflussung oder technischen Einrichtungen vorschreiben, wenn die örtlichen Verhältnisse oder eine besondere Gefahrensituation dies erfordern.“

3. § 28 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 4 werden

aa) die Wörter „selbsttätig verhindert“ durch das Wort „überwacht“ ersetzt und

bb) die Angabe „§ 15 Abs. 2“ durch die Wörter „§ 15 Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.

- b) Nach Nummer 4 werden folgende Nummern 4a bis 4c eingefügt:
- „4a. Zugbeeinflussung, durch die ein Zug selbsttätig zum Halten gebracht werden kann, wenn die Fahrzeuge auf Strecken mit Zugbeeinflussung nach § 15 Absatz 2 Satz 2 verkehren,
- 4b. technische Einrichtung, durch die ein Zug selbsttätig zum Halten gebracht werden kann, wenn die Fahrzeuge auf Strecken mit technischen Einrichtungen nach § 15 Absatz 2 Satz 3 verkehren,
- 4c. Zugbeeinflussung oder technische Einrichtung, durch die ein Zug selbsttätig zum Halten gebracht werden kann, wenn die Fahrzeuge auf Strecken mit Zugbeeinflussung oder technischen Einrichtungen verkehren, auf denen eine solche Ausrüstung nach § 15 Absatz 4 vorgeschrieben worden ist.“
4. § 40 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Die zulässige Geschwindigkeit beträgt
1. für Reisezüge mit durchgehender Bremse
- | | |
|---|--|
| 250 km/h,
wenn Strecke und führende Fahrzeuge mit Zugbeeinflussung (§ 15 Absatz 3, § 28 Absatz 1 Nummer 5) ausgerüstet sind und diese wirksam ist, oder 160 km/h, wenn Strecke und führende Fahrzeuge mit Zugbeeinflussung (§ 15 Absatz 2 Satz 1, § 28 Absatz 1 Nummer 4) ausgerüstet sind und diese wirksam ist, sonst 50 km/h; | 100 km/h,
wenn die in den §§ 5, 6, 11, 15 Absatz 1, § 16 Absatz 1 und § 35 Absatz 4 genannten, für Hauptbahnen geltenden Vorschriften eingehalten sind, sonst 80 km/h; abweichend davon beträgt die zulässige Geschwindigkeit 50 km/h, wenn die Zugbeeinflussung der Strecke oder des führenden Fahrzeuges vorübergehend nicht wirksam ist oder bei Zugleitbetrieb die Sicherheit durch technische Einrichtungen vorübergehend nicht gewährleistet ist; |
|---|--|
2. für Güterzüge mit durchgehender Bremse
- | | |
|---|--|
| 120 km/h,
wenn Strecke und führende Fahrzeuge mit Zugbeeinflussung (§ 15 Absatz 2 Satz 1, § 28 Absatz 1 Nummer 4) ausgerüstet sind und diese wirksam ist, sonst 50 km/h; | 80 km/h;
abweichend davon beträgt die zulässige Geschwindigkeit 50 km/h, wenn die Zugbeeinflussung der Strecke oder des führenden Fahrzeuges vorübergehend nicht wirksam ist oder bei Zugleitbetrieb die Sicherheit durch technische Einrichtungen vorübergehend nicht gewährleistet ist; |
|---|--|
3. für Züge ohne durchgehende Bremse 50 km/h.“
5. § 45 Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Sofern in den Absätzen 4 und 6 nichts anderes bestimmt ist, sind führende Fahrzeuge in Zügen außerdem mit einem Triebfahrzeugbegleiter zu besetzen, wenn sie keine wirksame Sicherheitsfahrerschaltung haben.“
6. Nach der Überschrift „Siebter Abschnitt Schlussbestimmungen“ wird folgender § 65 eingefügt:

„§ 65

Übergangsregelung

Strecken, die am 1. Dezember 2012 die Voraussetzungen nach § 15 Absatz 2 nicht erfüllen, sind bis zum Ablauf des 31. Dezember 2014 nachzurüsten. Bis zur Erfüllung der Ausrüstungsanforderungen nach § 15 Absatz 2 haben die Eisenbahnen anderweitige Maßnahmen zu treffen, die die sichere Betriebsführung gewährleisten.“

7. Der bisherige § 65 wird § 66.

Artikel 2

Änderung der

Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen

Die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen vom 25. Februar 1972 (BGBl. I S. 269), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 26. Februar 2008 (BGBl. I S. 215) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 15 wird wie folgt gefasst:

„§ 15

Zugbeeinflussung

Die zuständigen Eisenbahnaufsichtsbehörden können die Ausrüstung mit Zugbeeinflussung oder technischen Einrichtungen, durch die ein Zug selbsttätig zum Halten gebracht werden kann, vorschreiben, wenn die örtlichen Verhältnisse oder eine besondere Gefahrensituation dies erfordern.“

2. Nach § 28 Nummer 3 wird folgende Nummer 3a eingefügt:

„3a. Zugbeeinflussung oder technische Einrichtung, durch die ein Zug selbsttätig zum Halten gebracht werden kann, wenn die Fahrzeuge auf Strecken mit Zugbeeinflussung oder technischen Einrichtungen verkehren, auf denen eine solche Ausrüstung nach § 15 vorgeschrieben worden ist.“

Artikel 3
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 2012 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 25. Juli 2012

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Peter Ramsauer

Sechste Verordnung zur Änderung der Preisangabenverordnung^{*)}

Vom 1. August 2012

Auf Grund des § 1 Satz 1 des Preisangabengesetzes vom 3. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1429), der zuletzt durch Artikel 154 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Artikel 1

Die Preisangabenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4197), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Juli 2010 (BGBl. I S. 977) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Nach dem Wort „anbietet“ werden die Wörter „oder als Anbieter von Waren oder Leistungen zum Abschluss eines Fernabsatzvertrages gegenüber Letztverbrauchern unter Angabe von Preisen wirbt“ eingefügt.
- b) Die Angabe „§ 2 Abs. 2“ wird durch die Angabe „§ 2 Absatz 1“ ersetzt.

2. In § 6 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Satz 1 gilt auch beim Angebot eines Sollzinses für die Vertragslaufzeit nach Ablauf einer Sollzinsbindung.“

3. Teil II der Anlage zu § 6 wird wie folgt gefasst:

„II. Es gelten die folgenden zusätzlichen Annahmen für die Berechnung des effektiven Jahreszinses:

- a) Kann der Kreditnehmer bestimmen, zu welchem Zeitpunkt er den Kredit in Anspruch nehmen will, gilt der gesamte Kredit als sofort in voller Höhe in Anspruch genommen.
- b) Ist dem Kreditnehmer nach dem Kreditvertrag generell freigestellt, wann er den Kredit in Anspruch nehmen will, sind jedoch je nach Art der Inanspruchnahme Beschränkungen in Bezug auf Kreditbetrag und Zeitraum vorgesehen, so gilt der gesamte Kredit als zu dem im Kreditvertrag vorgesehenen frühestmöglichen Zeitpunkt mit den entsprechenden Beschränkungen in Anspruch genommen.
- c) Sieht der Kreditvertrag verschiedene Arten der Inanspruchnahme mit unterschiedlichen Kosten oder Sollzinssätzen vor, so gilt der gesamte Kredit als zu den höchsten Kosten und zum höchsten Sollzinssatz in Anspruch genommen, wie sie für die Kategorie von Geschäften gelten, die bei dieser Kreditvertragsart am häufigsten vorkommt.

d) Bei einer Überziehungsmöglichkeit gilt der gesamte Kreditbetrag als in voller Höhe und für die gesamte Laufzeit des Kreditvertrags in Anspruch genommen. Ist die Dauer der Überziehungsmöglichkeit nicht bekannt, so ist bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses von der Annahme auszugehen, dass die Laufzeit des Kreditvertrags drei Monate beträgt.

e) Bei unbefristeten Kreditverträgen, die keine Überziehungsmöglichkeiten sind, ist anzunehmen, dass

- aa) der Kredit ab der ersten Inanspruchnahme für einen Zeitraum von einem Jahr gewährt wird und dass mit der letzten Zahlung des Kreditnehmers der Saldo, die Zinsen und etwaige sonstige Kosten ausgeglichen sind,
- bb) der Kreditbetrag in gleich hohen monatlichen Zahlungen, beginnend einen Monat nach dem Zeitpunkt der ersten Inanspruchnahme zurückgezahlt wird. Muss der Kreditbetrag jedoch vollständig, in Form einer einmaligen Zahlung, innerhalb jedes Zahlungszeitraums zurückgezahlt werden, so ist anzunehmen, dass spätere Inanspruchnahmen und Rückzahlungen des gesamten Kreditbetrags durch den Kreditnehmer innerhalb eines Jahres stattfinden; Zinsen und sonstige Kosten werden entsprechend diesen Inanspruchnahmen und Tilgungszahlungen und nach den Bestimmungen des Kreditvertrags festgelegt.

Als unbefristete Kreditverträge gelten für die Zwecke dieses Punkts Kreditverträge ohne feste Laufzeit, einschließlich solcher Kredite, bei denen der Kreditbetrag innerhalb oder nach Ablauf eines Zeitraums vollständig zurückgezahlt werden muss, dann aber erneut in Anspruch genommen werden kann.

f) Bei anderen Kreditverträgen, die weder Überziehungsmöglichkeiten noch unbefristete Kredite sind (siehe die Annahmen unter d und e), gilt Folgendes:

- aa) Lassen sich der Zeitpunkt oder die Höhe einer vom Kreditnehmer zu leistenden Tilgungszahlung nicht feststellen, so ist anzunehmen, dass die Rückzahlung zu dem im Kreditvertrag genannten frühestmöglichen Zeitpunkt und in der darin festgelegten geringsten Höhe erfolgt.
- bb) Ist der Zeitpunkt des Abschlusses des Kreditvertrags nicht bekannt, so ist anzu-

^{*)} Diese Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 2011/90/EU der Kommission vom 14. November 2011 zur Änderung von Anhang I Teil II der Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates mit zusätzlichen Annahmen für die Berechnung des effektiven Jahreszinses (ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 35).

- nehmen, dass der Kredit erstmals zu dem Zeitpunkt in Anspruch genommen wurde, der sich aus dem kürzesten zeitlichen Abstand zwischen diesem Zeitpunkt und der Fälligkeit der ersten vom Kreditnehmer zu leistenden Zahlung ergibt.
- g) Lassen sich der Zeitpunkt oder die Höhe einer vom Kreditnehmer zu leistenden Tilgungszahlung nicht anhand des Kreditvertrags oder der Annahmen nach den Buchstaben d, e oder f feststellen, so ist anzunehmen, dass die Zahlung in Übereinstimmung mit den vom Kreditgeber bestimmten Fristen und Bedingungen erfolgt, und dass, falls diese nicht bekannt sind,
- aa) die Zinszahlungen zusammen mit den Tilgungszahlungen erfolgen,
- bb) Zahlungen für Kosten, die keine Zinsen sind und die als Einmalbetrag ausgedrückt sind, bei Abschluss des Kreditvertrags erfolgen,
- cc) Zahlungen für Kosten, die keine Zinsen sind und die als Mehrfachzahlungen ausgedrückt sind, beginnend mit der ersten Tilgungszahlung in regelmäßigen Abständen erfolgen, und es sich, falls die Höhe dieser Zahlungen nicht bekannt ist, um jeweils gleich hohe Beträge handelt,
- dd) mit der letzten Zahlung der Saldo, die Zinsen und etwaige sonstige Kosten ausgeglichen sind.
- h) Ist keine Kreditobergrenze vereinbart, ist anzunehmen, dass der Betrag des gewährten Kredits 1 500 Euro beträgt.
- i) Werden für einen begrenzten Zeitraum oder Betrag verschiedene Sollzinssätze und Kosten angeboten, so sind während der gesamten Laufzeit des Kreditvertrags als Sollzinssatz der höchste Sollzinssatz und als Kosten die höchsten Kosten anzunehmen.
- j) Bei Kreditverträgen, bei denen die Sollzinsbindung vor der für die Rückzahlung bestimmten Zeit endet und nach deren Ende ein neuer, veränderlicher Sollzinssatz vereinbart wird, der in regelmäßigen Abständen nach einem vereinbarten Index oder Referenzzinssatz angepasst wird, ist anzunehmen, dass der Sollzinssatz nach Ablauf der Sollzinsbindung dem Sollzinssatz entspricht, der sich aus dem Wert des vereinbarten Indexes oder Referenzzinssatzes zum Zeitpunkt der Berechnung des effektiven Jahreszinses ergibt.

Satz 1 Buchstabe j darf der Berechnung des effektiven Jahreszinses nur dann zugrunde gelegt werden, wenn feststeht, dass nach Ablauf der Sollzinsbindung ein variabler Sollzins zur Anwendung kommt.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 1. August 2012

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Dr. Philipp Rösler

Zweite Verordnung zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches

Vom 3. August 2012

Auf Grund des § 70 Absatz 6 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 2011 (BGBl. I S. 1770) verordnet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Artikel 1

Das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 2011 (BGBl. I S. 1770), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. März 2012 (BGBl. I S. 481) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „die durch die Verordnung (EU) Nr. 238/2010 (ABl. L 75 vom 23.3.2010, S. 17) geändert worden ist“ durch die Wörter „die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 675/2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 52) geändert worden ist“ ersetzt.
2. In § 9 Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe „Verordnung (EG) Nr. 256/2009 (ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 3)“ durch die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 592/2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 1)“ ersetzt.
3. § 39 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „Verordnung (EG) Nr. 596/2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)“ durch die Angabe „Verordnung (EU)

Nr. 563/2012 (ABl. L 168 vom 28.6.2012, S. 24)“ ersetzt.

- b) In Absatz 8 Satz 1 wird die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 558/2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 18)“ durch die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 16/2012 (ABl. L 8 vom 12.1.2012, S. 29)“ ersetzt.
4. In § 58 Absatz 1 Nummer 17 Buchstabe a wird die Angabe „Verordnung (EG) Nr. 596/2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)“ durch die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 563/2012 (ABl. L 168 vom 28.6.2012, S. 24)“ ersetzt.
5. § 59 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 2 wird die Angabe „Verordnung (EG) Nr. 256/2009 (ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 3)“ durch die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 592/2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 1)“ ersetzt.
 - b) In Nummer 5 werden die Wörter „die durch die Verordnung (EU) Nr. 238/2010 (ABl. L 75 vom 23.3.2010, S. 17) geändert worden ist“ durch die Wörter „die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 675/2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 52) geändert worden ist“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 3. August 2012

Die Bundesministerin
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
In Vertretung
Robert Kloos

Erste Verordnung zur Änderung der Stipendienprogramm-Höchstgrenzen-Verordnung

Vom 8. August 2012

Auf Grund des § 14 Absatz 2 des Stipendienprogramm-Gesetzes vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 957), der durch Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe b des Gesetzes vom 21. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2204) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen:

Artikel 1

Die Stipendienprogramm-Höchstgrenzen-Verordnung vom 29. November 2011 (BGBl. I S. 2450) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt gefasst:

„§ 1

Jährliche Höchstgrenze

Die Höchstgrenze gemäß § 11 Absatz 4 des Stipendienprogramm-Gesetzes beträgt

1. für das Jahr 2012 bis einschließlich 31. Juli 2013 1 Prozent der Studierenden einer Hochschule,
 2. ab dem 1. August 2013 1,5 Prozent der Studierenden einer Hochschule.“
2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Absatz 1.

b) Folgende Absätze 2 und 3 werden angefügt:

„(2) Hat eine Hochschule zum 1. September 2012 nicht genügend private Mittel eingeworben, um die zu diesem Zeitpunkt gültige Höchstgrenze nach § 1 auszuschöpfen, so soll die zuständige Landesbehörde von Amts wegen das frei bleibende Stipendienkontingent innerhalb des Bundeslandes auf andere Hochschulen (Begünstigte) übertragen. Als Begünstigte nach Satz 1 kommen solche Hochschulen in Betracht, die mit den von ihnen zum 1. September 2012 eingeworbenen Mitteln mehr Stipendien vergeben können, als ihnen nach der jeweils geltenden Höchstgrenze zustehen. Die Landesbehörde strebt dabei eine Verteilung an, die im Verhältnis zu der Studierendenzahl der begünstigten Hochschulen steht.

(3) Durch die Übertragung frei bleibender Stipendien nach dem 1. September 2012 darf an den begünstigten Hochschulen die ab dem 1. August 2013 geltende Höchstgrenze nicht überschritten werden.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 8. August 2012

Die Bundesministerin
für Bildung und Forschung
Annette Schavan

Erste Verordnung zur Änderung der Kontaminanten-Verordnung

Vom 9. August 2012

Es verordnen das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

- auf Grund des § 13 Absatz 1 Nummer 2 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 2011 (BGBl. I S. 1770) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,
- auf Grund des § 62 Absatz 1 Nummer 1 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 2011 (BGBl. I S. 1770) sowie

das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- auf Grund des § 13 Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Satz 2 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 2011 (BGBl. I S. 1770) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,
- auf Grund des § 62 Absatz 2 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 2011 (BGBl. I S. 1770):

Artikel 1

Die Kontaminanten-Verordnung vom 19. März 2010 (BGBl. I S. 286, 287) wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Absatz 2 wird die Angabe „Verordnung (EG) Nr. 629/2008 (ABl. L 173 vom 3.7.2008, S. 6)“ durch die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 1259/2011 (ABl. L 320 vom 3.12.2011, S. 18)“ ersetzt.
2. Die Anlage wird wie folgt geändert:
 - a) Im Abschnitt 1 Mykotoxine wird in Zeile 1.3 der Tabelle die Angabe „Abschnitt 2 Nr. 2.1.10, 2.1.11 und 2.1.12“ durch die Angabe „Abschnitt 2 Nr. 2.1.15, 2.1.16 und 2.1.17“ ersetzt.
 - b) Im Abschnitt 2 Nitrat wird in der Tabelle die Angabe „Abschnitt 1 Nr. 1.5“ durch die Angabe „Abschnitt 1 Nr. 1.6“ ersetzt.
 - c) Der Abschnitt 4 wird durch folgenden Abschnitt 4 ersetzt:

„Abschnitt 4

nicht dioxinähnliche Polychlorierte Biphenyle (ndl-PCB)

Lebensmittel	Höchstgehalt in mg/kg	
	2,4,4'-Trichlorbiphenyl (28) ¹⁾ 2,2',5,5'-Tetrachlorbiphenyl (52) ¹⁾ 2,2',4,5,5'-Pentachlorbiphenyl (101) ¹⁾ 2,2'3,4,4',5,5'-Heptachlorbiphenyl (180) ¹⁾ jeweils	2,2',3,4,4',5'-Hexachlorbiphenyl (138) ¹⁾ 2,2',4,4',5,5'-Hexachlorbiphenyl (153) ¹⁾ jeweils
Fleisch vom Pferd, Ziege und Kaninchen, Federwild und Haarwild sowie von Wildschweinen mit einem Fettgehalt bis zu 10 %	0,008 ²⁾	0,01 ²⁾
Fleischerzeugnisse ausgenommen in Abschnitt 5.1 des Anhangs der Verordnung (EG) 1881/2006 genannte Lebensmittel mit einem Fettgehalt bis zu 10 %		
Fleisch vom Federwild und Haarwild sowie von Wildschweinen mit einem Fettgehalt von mehr als 10 %	0,08 ³⁾	0,1 ³⁾
Fleischerzeugnisse ausgenommen in Abschnitt 5.1 des Anhangs der Verordnung (EG) 1881/2006 genannte Lebensmittel mit einem Fettgehalt von mehr als 10 %		

Lebensmittel	Höchstgehalt in mg/kg	
	2,4,4'-Trichlorbiphenyl (28) ¹⁾ 2,2',5,5'-Tetrachlorbiphenyl (52) ¹⁾ 2,2',4,5,5'-Pentachlorbiphenyl (101) ¹⁾ 2,2',3,4,4',5,5'-Heptachlorbiphenyl (180) ¹⁾ jeweils	2,2',3,4,4',5'-Hexachlorbiphenyl (138) ¹⁾ 2,2',4,4',5,5'-Hexachlorbiphenyl (153) ¹⁾ jeweils
Eier und Eiprodukte ausgenommen in Abschnitt 5.9 des Anhangs der Verordnung (EG) 1881/2006 genannte Lebensmittel	0,02 ⁴⁾	

¹⁾ Systematische Nummerierung der PCB-Komponenten nach den Regeln der Internationalen Union für reine und angewandte Chemie (IUPAC) [K. Ballschmiter, M. Zell, Z. Anal. Chem. (1980) 302, 20-31].

²⁾ Die angegebenen Höchstgehalte beziehen sich auf das Gesamtgewicht der Lebensmittel ohne Knochen. Bei Erzeugnissen ist der Berechnung der Anteil des zu ihrer Herstellung verwendeten Fleisches am Gesamtgewicht zugrunde zu legen. Der für die Einstufung der Lebensmittel maßgebende Fettgehalt ist analytisch zu bestimmen; bei ganzen Körpern von Pferd, Ziege und Kaninchen sowie von Federwild und Haarwild mit Ausnahme von Wildschweinen sowie bei Tierkörperhälften und -vierteln von Pferden ist zu unterstellen, dass der Fettgehalt jeweils 5 % beträgt.

³⁾ Die angegebenen Höchstgehalte gelten für das im Lebensmittel enthaltene Fett.

⁴⁾ Die angegebenen Höchstgehalte beziehen sich auf das Gewicht der verwendeten Eier ohne Schale.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 9. August 2012

Die Bundesministerin
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
In Vertretung
Robert Kloos

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Peter Altmaier

Verordnung zur Änderung immissionsschutzrechtlicher Vorschriften für Verbrennungsmotoren*)

Vom 14. August 2012

Auf Grund des § 33 Absatz 1 Nummer 1 und 4, des § 37 und des § 48a Absatz 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), von denen § 37 und § 48a Absatz 3 durch Artikel 1 Nummer 4 und 6 des Gesetzes vom 26. November 2010 (BGBl. I S. 1728) geändert worden sind, und soweit § 33 Absatz 1 Nummer 4 betroffen ist in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821), verordnet die Bundesregierung, im Fall des § 33 Absatz 1 Nummer 1 und 4 nach Anhörung der beteiligten Kreise:

Artikel 1

Änderung der Verordnung über Emissions- grenzwerte für Verbrennungsmotoren

Die Verordnung über Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsmotoren vom 20. April 2004 (BGBl. I S. 614, 1423), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 8. April 2011 (BGBl. I S. 605) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 1 werden die Wörter „Richtlinie 2004/26/EG vom 21. April 2004 (ABl. EU Nr. L 146 S. 1, Nr. L 225 S. 3)“ durch die Wörter „Richtlinie 2011/88/EU vom 16. November 2011 (ABl. L 305 vom 23.11.2011, S. 1)“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Im Halbsatz vor Nummer 1 wird nach dem Wort „wenn“ das Wort „sie“ gestrichen.
 - bb) Den Nummern 1 bis 6 wird jeweils das Wort „sie“ vorangestellt.
 - cc) In Nummer 7 wird das Wort „sie“ gestrichen.
 - dd) In Nummer 8 wird der Punkt nach dem Wort „sind“ durch ein Semikolon ersetzt.
 - b) Absatz 3 Satz 2 wird aufgehoben.
 - c) Folgende Absätze 4 bis 6 werden angefügt:

*) Artikel 1 dieser Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 2011/88/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 zur Änderung der Richtlinie 97/68/EG hinsichtlich der Vorschriften für gemäß dem Flexibilitätssystem in Verkehr gebrachte Motoren (ABl. L 305 vom 23.11.2011, S. 1).

„(4) Ein Austauschmotor zum Antrieb von Triebwagen und Lokomotiven muss den gültigen Grenzwerten für neue Motoren entsprechen.

(5) Weist der Schienenfahrzeugbesitzer nach, dass ein Austauschmotor, der den Anforderungen nach Absatz 4 entspricht, nur mit erheblichen technischen Schwierigkeiten verwendet werden könnte, kann die Genehmigungsbehörde auf Antrag folgende Austauschmotoren für Triebwagen und Lokomotiven genehmigen:

1. Austauschmotoren, die den Emissionsgrenzwerten der Stufe III A der Richtlinie 97/68/EG entsprechen, zum Austausch von Motoren, die
 - a) den Emissionsgrenzwerten der Stufe III A der Richtlinie 97/68/EG nicht genügen oder
 - b) zwar den Emissionsgrenzwerten der Stufe III A der Richtlinie 97/68/EG, jedoch nicht den Emissionsgrenzwerten der Stufe III B der Richtlinie 97/68/EG genügen;
2. Austauschmotoren, die den Emissionsgrenzwerten der Stufe III A der Richtlinie 97/68/EG nicht genügen, zum Austausch von Motoren für Triebwagen ohne Steuereinrichtung und ohne Eigenantrieb, sofern diese Austauschmotoren die Emissionsgrenzwerte erfüllen, die mindestens den Emissionsgrenzwerten entsprechen, denen die in den vorhandenen Triebwagen desselben Typs genutzten Motoren genügen.

Der Antragsteller hat seinen Antrag zu begründen und die von der Genehmigungsbehörde angeforderten Unterlagen vorzulegen.

(6) An Motoren, die unter die Absätze 3 bis 5 fallen, hat der Hersteller eine Kennzeichnung mit dem Schriftzug „AUSTAUSCHMOTOR“ und der Referenznummer der Ausnahmegenehmigung, die von der Genehmigungsbehörde im Genehmigungsverfahren vergeben wird, anzubringen.“

3. In § 3 Absatz 7 werden die Wörter „des Anhangs I Buchstabe A Ziffern i) und ii) der Richtlinie 97/68/EG“ durch die Wörter „des Anhangs I Abschnitt 1 Buchstabe A Ziffern i, ii und v der Richtlinie 97/68/EG“ ersetzt.

Artikel 2
Änderung der
Gebührenordnung für Maßnahmen
bei Typprüfungen von Verbrennungsmotoren

Der Anlage zur Gebührenordnung für Maßnahmen bei Typprüfungen von Verbrennungsmotoren vom 22. Mai 2000 (BGBl. I S. 735), die durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. September 2001 (BGBl. I S. 2331) geändert worden ist, wird folgende Gebührennummer 6 angefügt:

Gebühren- Nr.	Gegenstand	Gebühr Euro
„6	Sonstige Maßnahmen im Zusammenhang mit Genehmigungen von Verbrennungsmotoren nach Personal- und Sachaufwand je Stunde und Person	40 bis 90“.

Artikel 3
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 14. August 2012

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Peter Altmaier

**Verordnung
zur Regelung der Dienstbereiche der Truppendienstgerichte
und zur Bildung von Truppendienstkammern
(Truppendienstgerichte-Verordnung – TrDGV)**

Vom 15. August 2012

Auf Grund des § 69 Absatz 1 und 2 Satz 2 der Wehrdisziplinarordnung vom 16. August 2001 (BGBl. I S. 2093) verordnet das Bundesministerium der Verteidigung:

§ 1

Dienstbereiche der Truppendienstgerichte

(1) Der Dienstbereich des Truppendienstgerichts Nord umfasst die Dienststellen mit Sitz in

1. Berlin,
2. Brandenburg,
3. Bremen,
4. Hamburg,
5. Mecklenburg-Vorpommern,
6. Niedersachsen,
7. Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme des Regierungsbezirks Köln,
8. Sachsen-Anhalt und
9. Schleswig-Holstein.

(2) Der Dienstbereich des Truppendienstgerichts Süd umfasst die Dienststellen mit Sitz

1. in Baden-Württemberg,
2. in Bayern,
3. in Hessen,
4. im Regierungsbezirk Köln,
5. in Rheinland-Pfalz,
6. im Saarland,
7. in Sachsen und
8. in Thüringen sowie
9. im Ausland.

Es ist ferner zuständig für Truppenteile und Dienststellen, die sich im Ausland befinden.

§ 2

Auswärtige Truppendienstkammern

Außerhalb des Sitzes des Truppendienstgerichts werden gebildet:

1. beim Truppendienstgericht Nord
 - a) zwei Truppendienstkammern mit Sitz in Hamburg,
 - b) zwei Truppendienstkammern mit Sitz in Potsdam und
 - c) eine Truppendienstkammer mit Sitz in Koblenz;
2. beim Truppendienstgericht Süd
 - a) zwei Truppendienstkammern mit Sitz in Koblenz,
 - b) zwei Truppendienstkammern mit Sitz in Erfurt und
 - c) eine Truppendienstkammer mit Sitz in Potsdam.

§ 3

Übergangsregelung

Für am 31. August 2012 bei den Truppendienstgerichten schwebende Verfahren ist § 2 der Errichtungsverordnung vom 16. Mai 2006 (BGBl. I S. 1262) weiter anzuwenden.

§ 4

**Auflösung der bestehenden
auswärtigen Truppendienstkammern**

Die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestehenden auswärtigen Truppendienstkammern sind aufgelöst.

§ 5

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. September 2012 in Kraft. Gleichzeitig treten die §§ 2 und 3 Absatz 2 sowie die §§ 4 und 5 der Errichtungsverordnung vom 16. Mai 2006 (BGBl. I S. 1262) außer Kraft.

Bonn, den 15. August 2012

Der Bundesminister der Verteidigung
In Vertretung
Wolf

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 – 1 BvL 10/10 und 1 BvL 2/11 – wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

1. § 3 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 und § 3 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 4 Nummer 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie § 3 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 und Nummer 3 und § 3 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes, jeweils in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 2022), sind mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz unvereinbar. Für Leistungszeiträume bis zum 31. Dezember 2010 sind die Vorschriften weiterhin anwendbar.
2. Der Gesetzgeber ist verpflichtet, unverzüglich für den Anwendungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes eine Neuregelung zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums zu treffen.
3. Bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung wird angeordnet:
 - a) Die Werte nach § 3 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1, Nummer 2 und Nummer 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes bemessen sich ab dem 1. Januar 2011 entsprechend den sich aus §§ 5 bis 7 des Gesetzes zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (Bundesgesetzblatt Teil I 2011 Seite 453) für Einpersonen- und Familienhaushalte ergebenden regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für die Abteilungen 1 (Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke), 3 (Bekleidung und Schuhe), 4 (Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung) und 6 (Gesundheitspflege). Die regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für die Abteilung 5 (Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände) bleiben unberücksichtigt.
 - b) Die Geldbeträge nach § 3 Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 und Nummer 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes (gegebenenfalls in Verbindung mit § 3 Absatz 2 Satz 3 Asylbewerberleistungsgesetz) bemessen sich ab dem 1. Januar 2011 entsprechend den sich aus §§ 5 bis 7 des Gesetzes zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (Bundesgesetzblatt Teil I 2011 Seite 453) für Einpersonen- und Familienhaushalte ergebenden regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für die Abteilungen 7 (Verkehr), 8 (Nachrichtenübermittlung), 9 (Freizeit, Unterhaltung, Kultur), 10 (Bildung), 11 (Beherbergungs- und Gaststättenleistungen) und 12 (Andere Waren und Dienstleistungen).
 - c) Die Regelbedarfsstufen 1 bis 6 nach § 8 des Gesetzes zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (Bundesgesetzblatt Teil I 2011 Seite 453) finden für die Abgrenzung des jeweiligen von diesen Regelbedarfsstufen erfassten Personenkreises auf Leistungsberichtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für die Leistungen nach § 3 Absatz 2 Satz 2 und § 3 Absatz 1 Satz 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes entsprechende Anwendung. Für Personen, die der Regelbedarfsstufe 2 oder 3 unterfallen, finden die vorstehend unter a und b getroffenen Anordnungen mit der Maßgabe Anwendung, dass für Personen, die der Regelbedarfsstufe 2 unterfallen, 90 Prozent der Werte und Geldbeträge und für Personen, die der Regelbedarfsstufe 3 unterfallen, 80 Prozent der Werte und Geldbeträge maßgeblich sind.

- d) Solange keine Neuermittlung der Regelbedarfe nach § 28 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch erfolgt, werden die Werte beziehungsweise Geldbeträge in § 3 Absatz 2 Satz 2 und § 3 Absatz 1 Satz 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes entsprechend der Veränderungsrate des Mischindex nach § 138 sowie § 28a Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch fortgeschrieben.
- e) Die Regelungen über die Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes des § 9 Absatz 3 Asylbewerberleistungsgesetz in Verbindung mit § 44 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch und über die Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der rechtlichen Verhältnisse zugunsten der Betroffenen des § 9 Absatz 3 Asylbewerberleistungsgesetz in Verbindung mit § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch finden für Leistungszeiträume bis Ende Juli 2012 keine Anwendung.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Absatz 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Gesetzeskraft.

Berlin, den 31. Juli 2012

Die Bundesministerin der Justiz
In Vertretung
Dr. Birgit Grundmann

**Berichtigung
der Verordnung zur Einführung der Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung**

Vom 2. August 2012

Die Verordnung zur Einführung der Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung vom 16. Dezember 2011 (BGBl. 2012 I S. 2) ist wie folgt zu berichtigen:

In § 38

1. Absatz 1 Nummer 8 Buchstabe b,
2. Absatz 2 Nummer 1,
3. Absatz 3 Nummer 1 in § 2 Absatz 2 Nummer 8,
4. Absatz 7 in § 1 Nummer 2 Buchstabe a und
5. Absatz 8 Nummer 1 in § 2 Absatz 1 Nummer 1

werden jeweils die Wörter „Anlage zu Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung zur Einführung der Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung vom 16. Dezember 2011 (BGBl. 2012 I S. 2)“ durch die Wörter „Anlage zu § 1 Absatz 1 der Verordnung zur Einführung der Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung vom 16. Dezember 2011 (BGBl. 2012 I S. 2)“ ersetzt.

Berlin, den 2. August 2012

Bundesministerium
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Im Auftrag
F. Stenschke

**Berichtigung
des Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen**

Vom 8. August 2012

Das Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen vom 3. Mai 2012 (BGBl. I S. 958) ist wie folgt zu berichtigen:

Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 muss wie folgt lauten:

„Die §§ 66a, 66b und 66c sind mit dem Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Nummer 1, § 45d Absatz 2 ist mit Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 6 Nummer 1 und § 45d Absatz 3 ist mit Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 6 Nummer 2 nicht mehr anzuwenden.“

Berlin, den 8. August 2012

Bundesministerium
für Wirtschaft und Technologie
Im Auftrag
Ulmen

Hinweis auf von Bundesrecht abweichendes Landesrecht

Nachstehend wird der Hinweis des Landes Niedersachsen auf von Bundesrecht nach Artikel 72 Absatz 3 Satz 1, Artikel 84 Absatz 1 Satz 2, Artikel 125b Absatz 1 Satz 3 oder Artikel 125b Absatz 2 des Grundgesetzes abweichendes Landesrecht mitgeteilt:

Bundesrecht, von dem abgewichen wird	Abweichendes Landesrecht
Gesetz/Verordnung (ggf. Einzelvorschrift)	a) Gesetz/Verordnung (ggf. Einzelvorschrift) b) Fundstelle c) Rechtsgrundlage der Abweichung d) Tag des Inkrafttretens

§ 7 Absatz 1 Satz 2 des Raumordnungsgesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist

- a) § 5 Absatz 1 Satz 2 des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes (NROG) vom 18. Juli 2012
b) Nds. GVBl. S. 252
c) Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 des Grundgesetzes
d) 1. September 2012

§ 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist

- a) § 5 Absatz 2 des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes (NROG) vom 18. Juli 2012
b) Nds. GVBl. S. 252
c) Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 des Grundgesetzes
d) 1. September 2012

§ 10 Absatz 1 in Verbindung mit § 7 Absatz 7 des Raumordnungsgesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist

- a) § 6 Absatz 2 Satz 3 des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes (NROG) vom 18. Juli 2012
b) Nds. GVBl. S. 252
c) Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 des Grundgesetzes
d) 1. September 2012

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II**Nr. 23, ausgegeben am 31. Juli 2012**

Tag	Inhalt	Seite
23. 7.2012	Vierundzwanzigste Verordnung über die Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und des Protokolls von 1988 zu diesem Übereinkommen (24. SOLAS-Änderungsverordnung – 24. SOLAS-ÄndV)	690
30. 5.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderung von 1999 des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	714
1. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Astrophysik	714
5. 6.2012	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der deutsch-schweizerischen Vereinbarungen über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen an den Grenzübergängen Bad Säckingen/Stein, Bietingen/Thayngen, Büßlingen/Hofen, Erzingen/Trasadingen, Gailingen-West/Dörflingen, Grenzacherhorn/Riehen-Grenzacherstrasse, Günzgen/Wasterkingen, Jestetten/Neuhausen am Rheinflall, Konstanz-Kreuzlinger Tor/Kreuzlingen, Konstanz-Autobahn/Kreuzlingen, Konstanz-Emmishofer Tor/Kreuzlingen-Emmishofen, Laufenburg (D)/Laufenburg (CH), Randegg/Dörflingen, Rheinfelden-Autobahn (D)/Rheinfelden-Autobahn (CH), Weil am Rhein-Friedlingen/Basel-Hiltalingerstrasse, Rötteln/Kaiserstuhl, Weil am Rhein/Basel-Autobahn und über die deutsche und schweizerische Grenzabfertigung in Reisezügen während der Fahrt auf den Strecken Bahnhof Basel SBB – Lörrach, Freiburg im Breisgau – Basel, Weil am Rhein – Basel und Singen (Hohentwiel) – Schaffhausen sowie der dazugehörigen Verordnung	715
6. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1990 über Vorsorge, Bekämpfung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ölverschmutzung	717
6. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	717
6. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Bergung	718
7. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See	718
7. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt	719
8. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972	719
8. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden	720
13. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 2001 über die zivilrechtliche Haftung für Bunkerölverschmutzungsschäden	720
13. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden	721
4. 7.2012	Bekanntmachung des deutsch-montenegrinischen Durchführungsprotokolls vom 20. April 2012 zum Abkommen vom 18. September 2007 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Montenegro über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt	721
5. 7.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Washingtoner Artenschutzübereinkommens	725
5. 7.2012	Bekanntmachung der deutsch-indonesischen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung	725
11. 7.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe	728

Nr. 24, ausgegeben am 3. August 2012

Tag	Inhalt	Seite
6. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	730
7. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	731
11. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis	732
13. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen	732
13. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	733
13. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung	733
14. 6.2012	Bekanntmachung der deutsch-mexikanischen Vereinbarung über Technische Zusammenarbeit	734
15. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Verminderung der Staatenlosigkeit	736
15. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen	737
15. 6.2012	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Antigua und Barbuda über den Informationsaustausch in Steuersachen	737
15. 6.2012	Bekanntmachung des deutsch-mongolischen Abkommens über die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung	738
26. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen	741
28. 6.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats über Computerkriminalität	742
28. 6.2012	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 18. Oktober 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung über den Sitz der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung	743
28. 6.2012	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „DRS Technical Services, Inc.“ (Nr. DOCPER-IT-13-03)	743
28. 6.2012	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „CACI-WGI, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-104-01)	745
28. 6.2012	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Silverback7, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-103-01)	747
3. 7.2012	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über den Straßenverkehr	749
3. 7.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen	750
4. 7.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters	750
9. 7.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung vom 26. Januar 2009 der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)	751
12. 7.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie	752

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
17. 7. 2012 Vierzigste Verordnung zur Änderung der Zweihundertzweifelsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Flughafen Frankfurt am Main) FNA: 96-1-2-212	BAnz AT 30.07.2012 V1	18. 10. 2012
30. 7. 2012 Neunundfünfzigste Verordnung zur Änderung der Zweihunderteinundzwanzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Meldepunkten, Streckenführungen und Reiseflughöhen für Flüge nach Instrumentenflugregeln im kontrollierten Luftraum innerhalb der Bundesrepublik Deutschland) FNA: 96-1-2-221	BAnz AT 09.08.2012 V1	20. 9. 2012
2. 8. 2012 Sechste Verordnung zur Änderung der Zweihundertfünfunddreißigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Flughafen Nürnberg) FNA: 96-1-2-235	BAnz AT 15.08.2012 V1	18. 10. 2012

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Union,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
12. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 498/2012 der Kommission über die Zuteilung von Zollkontingenten für Holzausfuhren aus der Russischen Föderation in die Europäische Union	L 152/28	13. 6. 2012
13. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 501/2012 der Kommission zur Eintragung einer Bezeichnung in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben [镇江香醋 (Zhenjiang Xiang Cu) (g.g.A.)]	L 153/4	14. 6. 2012
13. 6. 2012 Verordnung (EU) Nr. 502/2012 der Kommission zur Einleitung einer Untersuchung betreffend die mutmaßliche Umgehung der mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2/2012 des Rates eingeführten Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von bestimmten Verbindungselementen und Teilen davon aus nichtrostendem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China durch aus Malaysia, Thailand und den Philippinen versandte Einfuhren von bestimmten Verbindungselementen und Teilen davon aus nichtrostendem Stahl, ob als Ursprungerzeugnisse Malaysias, Thailands oder der Philippinen angemeldet oder nicht, und zur zollamtlichen Erfassung dieser Einfuhren	L 153/8	14. 6. 2012
13. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 503/2012 der Kommission über ein Verbot des Fangs von Rotem Thun im Atlantik östlich von 45° W und im Mittelmeer durch Ringwadenfänger, die die Flagge Griechenlands oder Italiens führen oder in Griechenland oder Italien registriert sind	L 153/12	14. 6. 2012

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
–	Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 176/2012 der Kommission vom 1. März 2012 zur Änderung der Anhänge B, C und D der Richtlinie 90/429/EWG des Rates hinsichtlich der tierseuchenrechtlichen Anforderungen in Bezug auf Brucellose und Aujeszký-Krankheit (ABl. L 61 vom 2.3.2012)	L 153/38	14. 6. 2012
14. 6. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 505/2012 der Kommission zur Änderung und Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 889/2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen hinsichtlich der ökologischen/biologischen Produktion, Kennzeichnung und Kontrolle	L 154/12	15. 6. 2012
14. 6. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 506/2012 der Kommission zur Eintragung einer Bezeichnung in das Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben (Kraški pršut (g.g.A.))	L 154/20	15. 6. 2012
15. 6. 2012	Verordnung (EU) Nr. 509/2012 des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien	L 156/10	16. 6. 2012
15. 6. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 510/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1238/95 im Hinblick auf die an das Gemeinschaftliche Sortenamt zu entrichtende Antragsgebühr	L 156/38	16. 6. 2012
15. 6. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 511/2012 der Kommission über Mitteilungen in Bezug auf Erzeugerorganisationen und Branchenverbände sowie Vertragsverhandlungen und -beziehungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates im Sektor Milch und Milcherzeugnisse	L 156/39	16. 6. 2012
13. 6. 2012	Verordnung (EU) Nr. 500/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 302/2009 des Rates über einen mehrjährigen Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer	L 157/1	16. 6. 2012
18. 6. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 514/2012 der Kommission zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 669/2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf verstärkte amtliche Kontrollen bei der Einfuhr bestimmter Futtermittel und Lebensmittel nicht tierischen Ursprungs ⁽¹⁾	L 158/2	19. 6. 2012
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
19. 6. 2012	Verordnung (EU) Nr. 519/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 850/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über persistente organische Schadstoffe hinsichtlich des Anhangs I ⁽¹⁾	L 159/1	20. 6. 2012
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
19. 6. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 520/2012 der Kommission über die Durchführung der in der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Pharmakovigilanz-Aktivitäten ⁽¹⁾	L 159/5	20. 6. 2012
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
19. 6. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 521/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1187/2009 in Bezug auf die Lizenzen für die Ausfuhr von Käse nach den Vereinigten Staaten von Amerika im Rahmen bestimmter GATT-Kontingente	L 159/26	20. 6. 2012
20. 6. 2012	Verordnung (EU) Nr. 523/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Aufnahme bestimmter UN/ECE-Regelungen für die Zwecke der Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern und von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge ⁽¹⁾	L 160/8	21. 6. 2012
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
20. 6. 2012	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 524/2012 der Kommission zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik	L 160/13	21. 6. 2012

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
20. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 508/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1235/2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates hinsichtlich der Regelung der Einfuhren von ökologischen/biologischen Erzeugnissen aus Drittländern ⁽¹⁾	L 162/1	21. 6. 2012
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
21. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 532/2012 der Kommission zur Änderung von Anhang II der Entscheidung 2007/777/EG und Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 798/2008 hinsichtlich der Einträge für Israel zur hochpathogenen Aviären Influenza in den Listen von Drittländern und Teilen von Drittländern ⁽¹⁾	L 163/1	22. 6. 2012
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
22. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 537/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1121/2009 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates hinsichtlich der Regelung für die einheitliche Flächenzahlung für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe in Polen	L 164/5	23. 6. 2012
– Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 (ABI. L 97 vom 9.4.2008)	L 164/18	23. 6. 2012
21. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2012 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 954/2006 zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Kroatien, Rumänien, Russland und der Ukraine	L 165/1	26. 6. 2012
21. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 541/2012 des Rates zur Einstellung der Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Furfuraldehyd mit Ursprung in der Volksrepublik China und zur Aufhebung dieser Maßnahmen	L 165/4	26. 6. 2012
25. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 542/2012 des Rates zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1375/2011	L 165/12	26. 6. 2012
25. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2012 des Rates zur Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan	L 165/15	26. 6. 2012
25. 6. 2012 Durchführungsverordnung 2012/544/GASP des Rates zur Durchführung des Artikels 32 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien	L 165/20	26. 6. 2012
25. 6. 2012 Verordnung (EU) Nr. 545/2012 des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien	L 165/23	26. 6. 2012
25. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 546/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 206/2010 zur Erstellung von Listen der Drittländer, Gebiete und Teile davon, aus denen das Verbringen bestimmter Tiere und bestimmten frischen Fleisches in die Europäische Union zulässig ist, und zur Festlegung der diesbezüglichen Veterinärbescheinigungen ⁽¹⁾	L 165/25	26. 6. 2012
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
25. 6. 2012 Verordnung (EU) Nr. 547/2012 der Kommission zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Wasserpumpen ⁽¹⁾	L 165/28	26. 6. 2012
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
 Postanschrift: 11015 Berlin
 Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
 Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
 Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
 Postanschrift: 53094 Bonn
 Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
 Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.bH.
 Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
 Bundesanzeiger Verlagsges.m.bH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
 E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de
 Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,65 € (5,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.m.bH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln
Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU	
	– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
25. 6. 2012 Verordnung (EU) Nr. 548/2012 der Kommission zur Einleitung einer Untersuchung betreffend die mutmaßliche Umgehung der mit der Verordnung (EG) Nr. 1458/2007 des Rates eingeführten Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren nicht nachfüllbarer Taschenfeuerzeuge mit Feuerstein für Gas mit Ursprung in der Volksrepublik China durch aus Vietnam versandte Einfuhren nicht nachfüllbarer Taschenfeuerzeuge mit Feuerstein für Gas, ob als Ursprungserzeugnisse Vietnams angemeldet oder nicht, und zur zollamtlichen Erfassung dieser Einfuhren	L 165/37	26. 6. 2012
21. 6. 2012 Verordnung (EU) Nr. 551/2012 des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 7/2010 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren	L 166/3	27. 6. 2012
21. 6. 2012 Verordnung (EU) Nr. 552/2012 des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1344/2011 zur Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren sowie Fischereierzeugnisse	L 166/7	27. 6. 2012
19. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 553/2012 der Kommission zur Einreihung bestimmter Waren in die Kombinierte Nomenklatur	L 166/18	27. 6. 2012
19. 6. 2012 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 554/2012 der Kommission zur Einreihung bestimmter Waren in die Kombinierte Nomenklatur	L 166/20	27. 6. 2012
22. 6. 2012 Verordnung (EU) Nr. 555/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen im Hinblick auf die Aktualisierung der Datenanforderungen und Definitionen	L 166/22	27. 6. 2012